

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Fraktion Bürgerlicher Aufbruch Mülheim an der Ruhr (BAMH)

Nr.: **A 20/0101-01**

Status: öffentlich

Datum: 24.01.2020

Gewerbesteuerpool für das Ruhrgebiet auf den Weg bringen

Antrag der BAMH-Fraktion

Beratungsfolge

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	10.02.2020	Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss fordert den Oberbürgermeister auf, sich bei der Regierung des Landes NRW dafür einzusetzen, dass für das Ruhrgebiet durch landesgesetzliche Regelung die Möglichkeit der Einrichtung eines Gewerbesteuerpools geschaffen wird.

Begründung:

Das Ruhrgebiet ist historisch und politisch sowie wirtschaftlich eine Einheit. Leider wird es durch drei Bezirksregierungen administriert. Hier fordert die BAMH-Fraktion von Beginn an die Zusammenfassung in einem eigenständigen Regierungsbezirk Ruhr. Ein erster Schritt könnte aber die Schaffung eines Gewerbesteuerpools für das gesamte Ruhrgebiet sein. Damit könnte jede Stadt ihre Vorteile der gesamten Region zur Verfügung stellen und der ruinöse Unterbietungswettbewerb bei Firmenansiedlungen hätte zwischen den Städten ein Ende. Die eine Gemeinde wäre als grüne Wohnstadt tauglich, während andere Gemeinden mit weniger Grün und Anziehungskraft halt ihre großen Gewerbegebiete zur Verfügung stellen könnten zum Nutzen der gesamten Region. Die Beharrungskräfte werden allerdings stark sein. Daher ist Freiwilligkeit nicht zu erwarten. Folglich bedarf es einer landesgesetzlichen Rechtsgrundlage unter Beachtung des in Art 28 GG garantierten Rechts der kommunalen Selbstverwaltung.

Die BAMH Fraktion hatte unter dem 06.06.2019 einen entsprechenden Antrag im Finanzausschuss vorgelegt. Damals ist der Antrag bei zwei Ja-Stimmen der BAMH-Fraktion von allen anderen Fraktionen und Vertretern im Ausschuss abgelehnt worden.

Die BAMH Fraktion stellt diesen Antrag jetzt erneut, weil offenkundig die Chancen für eine Annahme des Antrages deutlich gestiegen sind. Die gemeinsame

Oberbürgermeisterkandidatin von CDU und Grünen, Frau Jägers, hat ausweislich der Berichterstattung in der WAZ vom 20.01.2020 u.a. erklärt, daß es „radikaler Reformen“ für das Ruhrgebiet benötige. Mit dem „Kirchturmsdenken“ müsse Schluß sein. „Wir sollten im Revier nicht so tun, als lebten wir noch Mitte des 20. Jahrhunderts.“ Der CDU Bezirksparteichef Oliver Wittke assistierte mit dem Hinweis, „die Flächenentwicklung könnte viel besser funktionieren, wenn die Städte zusammenarbeiten.“ Der hiesige Antrag leistet seinen Beitrag dazu.

Jochen Hartmann

Dr. Martin Fritz

Fraktionsvorsitzender

Finanzpolitischer Sprecher